

Nützliche Nachrichten 1/2006

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 20.02.2006

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
seit 1996 sind die Nützlichen Nachrichten alle 3 Monate als Printausgabe erschienen. Jetzt machen wir den Versuch, Sie monatlich über e-mail zu informieren. Wir haben die folgende Struktur für den Infobrief vorgesehen:

- Kommentar oder Übersichtsartikel zur Entwicklung des türkisch-kurdischen Konflikts.
- Ereignis-Kalender für den Berichtszeitraum zeitlich geordnet
- Veranstaltungen
- Publikationen
- Dokumente
- Andere Dokumentationen

Da Menschenrechtsverletzungen in den bereits bestehenden Publikationen ausführlich behandelt werden, konzentrieren wir uns im Ereigniskalender vornehmlich auf die politische Seite des Konflikts, verweisen aber unter dem Abschnitt „Dokumentationen“ auf die menschenrechtliche Berichterstattung. Unser Infobrief ist selbstverständlich kostenlos. Wer ihn zu beziehen wünscht, teile uns seine E-mail-Adresse mit.

Wenn Sie Verbesserungsvorschläge haben, lassen Sie uns diese wissen. Wir stehen noch am Anfang mit dieser neuen Form der Berichterstattung.

Freundlich grüßend

Andreas Buro – Koordinator des Dialog-Kreises

Kommentar

Gesucht wird eine neue Kurden-Politik

**Statt eines DK-Kommentars eine Kolumne aus
Hürriyet von Mehmet Ali Birand**

In Ankara findet eine geheime und tiefgründige Suche statt. Die Unzulänglichkeit der bisherigen Kurden-Politik ist zu offensichtlich. Aber es gibt Meinungsverschiedenheiten. Regierung, Cankaya [Sitz des Staatspräsidenten], MIT (Geheimdienst) und Militär denken unterschiedlich. Eine Einigung ist noch nicht gefunden.

Die kurdische Frage ist eines der wichtigsten Themen in (...) Ankara. Dass es nicht gut läuft, ist klar. Die Entwicklungen im Nordirak, die wachsende Bedeutung von Barzani, die gesteigerten Aktivitäten der PKK, die Provokationen im Semdinli-Vorfall – alle diese Dinge haben die kurdische Frage in ein neues Licht gestellt.

Die Bedingungen, die zwischen 1984 und 98 geherrscht haben, gibt es nicht mehr. Es handelt sich nicht mehr nur um ein schlichtes Problem mit dem PKK-Terror. Der Punkt ist erreicht, an dem die Angelegenheit lediglich mit Investitionen im Südosten nicht mehr zu lösen ist. Es reicht nicht mehr aus, wirtschaftlich-soziale Maßnahmen zu treffen und im kulturellen Bereich des besseren Images wegen einige Schritte zu setzen.

Aus der kurdischen Frage ist ein Identitätsproblem, ein politisches Problem geworden. Wir hätten vielleicht etwas erreichen können, wenn während der sechs Jahre, seit Öcalan 1999 den Waffenstillstand ausgerufen hat, etwas unternommen worden wäre. Aber die politische Macht hat die Ohren vor den Warnungen des Militärs verschlossen. Es hat nicht die geringste politische Initiative stattgefunden.

Und so finden wir uns im Heute wieder.

Die PKK richtet ihre Waffen auf unsere Köpfe. Sie hat ihre Terrordrohung erneuert. Sie hat angefangen, das Signal auszusenden, dass unsere so beschwerlich hergestellte Stabilität ins Wanken geraten kann.

Ankara ist sich dieser Situation bewusst. Aber die Meinungsverschiedenheiten konnten noch nicht beseitigt werden.

Es sieht so aus, als ob durch die Erklärungen des DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk, die in der Hürriyet als Schlagzeile präsentierten Ansichten Öcalans und die Gespräche des MIT-Mitarbeiters Emre Taner mit Barzani ein neuer Entwicklungsprozess beschleunigt worden ist.

Es wird eine neue Politik entstehen. Die Türkei ändert ihren Blickwinkel auf die kurdische Frage, die PKK und Kurdistan/Nordirak. Das ist ein unvermeidliches Phänomen. Selbst wenn es Widerstände und Hindernisse gibt, werden die internationalen Bedingungen und die Konjunktur in der Region uns zu einer solchen Veränderung zwingen. (...)

Wir müssen die PKK aus den Bergen holen und sie dazu bringen, die Waffen niederzulegen und den Terror aufzugeben. Falls notwendig, muss dafür auch eine breitangelegte Generalamnestie erlassen werden. Wir müssen mutige Schritte in diese Richtung setzen.

Wir müssen kurdischstämmigen Politikern gestatten, Politik zu machen und ins Parlament einzuziehen. Wir müssen die Bedingungen dafür schaffen. Wenn wir die Kurden auf politisches Gebiet ziehen, wird es leichter sein, den Terror zu verhindern.

Wir dürfen nicht allergisch auf das offene Ausleben kurdischer Identität und Kultur reagieren. Im Gegenteil müssen wir uns ihnen öffnen.

Wir dürfen die DTP nicht aus der Politik ausschließen.

Wir dürfen Nordirak-Kurdistan nicht als Feind betrachten, sondern müssen es offen empfangen und unter unseren Schutz stellen.

All das wissen in Ankara sowohl die Regierung als auch der MIT und einige Militärs. Sie denken darüber nach, aber sie haben noch nicht den Mut, diese Schritte auch umzusetzen. Wir schaffen das nicht, weil wir davor Angst haben, dass die Kurden in Zukunft noch weiter gehen und eine Unabhängigkeit fordern könnten. (...)

Es stimmt, das Ziel eines Teils von ihnen ist die Gründung eines unabhängigen Staates. Aber wenn wir die oben genannten Schritte setzen und es schaffen, die kurdische Gesellschaft in die Arme zu schließen,

wird die Mehrheit uns den Vorzug geben. Auf diese Weise kann eine Spaltung verhindert werden.(....)

In Ankara gibt es fünf Pole: (...)

Regierung: Sie ist sich bewusst, dass eine neue Vorgehensweise notwendig ist und setzt kleine Schritte. Diese reichen allerdings noch nicht aus, um Tabus zu brechen.

MIT: Der MIT ist die Institution, die die Realität am besten sieht. Sowohl die Lage im Südosten als auch die im Nordirak interpretiert er richtig, aber er will sich nicht in den Vordergrund stellen.

Cankaya: Der Staatspräsident sieht, dass etwas getan werden muss, verhält sich jedoch vorsichtig.

Militär: Die Armee ist aufgrund ihrer Positionierung im Konflikt und den großen Verlusten langer Jahre die Institution mit der härtesten Herangehensweise. Sie will kein Risiko eingehen und wünscht sich, dass die Politik die Sache in die Hand nimmt, wenn es eine politische Veränderung geben soll.

Öffentlichkeit: Ein Teil der Medien, die Opposition und der konservative Teil der Gesellschaft leistet Widerstand gegen jede Art von Veränderung. Aber im Allgemeinen fühlt die türkische Öffentlichkeit, dass zu diesem Thema etwas getan werden muss. Sie erwartet, dass Ankara eine Entscheidung trifft.

(Hürriyet und Posta, 8.12.05, Übersetzung ISKU)

Ereignis-Kalender

Barzani fordert demokratische Lösung der Kurdenfrage in der Türkei

Ankara entsandte am 20. Oktober 2005 den Geheimdienstchef (MIT), Emre Taner, zu Präsident Barzani nach Irakisch-Kurdistan. Barzani hat nach diesem Gespräch öffentlich die Lösung der Kurdenfrage in der Türkei gefordert. Er verlangte als erster Schritt eine Generalamnestie. Ferner sagte Barzani, wenn die Türkei sich bereit erkläre diesen Schritt zu tun, sei er bereit, die PKK von den Bergen zu holen. Auf einer Pressekonferenz in Washington im Rahmen seines USA-Besuchs fügte er hinzu: „Solange die Frage nicht politisch gelöst wird, wird das Problem andauern. Es ist höchste Zeit, das Problem realistisch zu betrachten. Eine Lösung muss zu den Bedingungen der Zeit passen. Eine friedliche, demokratische Lösung ist im Interesse der Türkei. Wenn die Türkei dazu bereit ist, sind auch wir zur Unterstützung bereit, weil eine Lösung allen nützt“. Kurze Zeit später erklärte der Generalstabchef der Türkei, Hilmi Özkök, dass die Türkei ihre Politik der Zeit anpassen muss und man die Kurdenführer nicht mehr als Stammesführer bezeichnen darf. „Wenn er (Talabani) nach Ankara kommt, müssen wir ihn als Staatspräsident eines Landes mit roten Teppichen empfangen.“

(Zahlreiche türkische und kurdische Printmedien und Internetseiten)

Wie frei ist die kurdische Sprache?

- Der Kassationsgerichtshof hat die Strafe gegen den Funktionär der DEHAP im Kreis Hınıs (Erzurum), Vahdettin Yusufoglu bestätigt. Er war vom Amtsgericht in Hınıs zu einer Haftstrafe von 6 Monaten verurteilt worden, weil er auf einem Kongress seiner Partei am 14. Oktober 2002 Kurdisch gesprochen hatte. (Özgür Gündem, 25.10.05)
- Im Oktober 2005 verurteilte ein Gericht den stellvertretenden Vorsitzenden der DEHAP, Resit Yardımcı, zu sechs Monaten Gefängnis, weil er die Teilnehmer einer DEHAP-Konferenz im Jahr 2003 auf Kurdisch begrüßt hatte. Im Mai 2005 begann der Prozess gegen den Vorsitzenden der Partei für Rechte und Freiheiten (HAKPAR), Abdulmelik Fırat. Er wird beschuldigt, auf einem Parteitreffen im Januar 2004 Erklärungen auf Kurdisch verlesen zu haben. (EU-Fortschrittsbericht 2005)
- In der von Yildiz Tilbe moderierten Livesendung „Unter den Sternen“ beim türkischen TV-Sender Star ist es zu einer Krise gekommen. Zu Gast bei Tilbe, war die Sängerin Rojin, die kurdische Lieder vortrug, woraufhin die Moderatorin während der Sendung verwart wurde.. (ANF, 08.01.2006, ISKU)
- Der Stadtrat von Kayapınar in Diyarbakır hat zehn öffentlichen Plätzen kurdische und türkische Namen gegeben. Darunter befinden sich die kurdischen Begriffe Mem u Zin, Jiyana Azad (Freies Leben), Aşti (Frieden), Ciwan (Jugend) und Yek Gulan (1. Mai). Der Gouverneur stimmte lediglich der türkischen Namensgebung „8. März“ zu. Die anderen Namen seien fremdsprachlich und könnten zur Diskriminierung in der Gesellschaft führen, heißt es in der Verbotsverfügung.

(Radikal, 2.12.05, ISKU)

Anwendung einiger Buchstaben sind für Kurden verboten

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) berichtete am 27. Oktober 2005 20 Kurden seien in der Stadt Siirt verurteilt worden, weil sie auf ihren Plakaten zum kurdischen Neujahrsfest die beiden kurdischen Buchstaben Q und W verwendet hatten. Die beiden Buchstaben Q und W kommen im türkischen Alphabet nicht vor.

"Nach wie vor darf die kurdische Sprache bei Behörden nicht verwendet werden genauso wenig wie beim Wahlkampf. Im staatlichen Schulsystem kommt das Kurdische bis heute nicht vor. Die Verteilung von Zeitungen in kurdischer Sprache wird regelmäßig behindert, kurdische Sprachkurse in Privatgebäuden

werden auf dem Verordnungsweg mit den absurdesten Argumenten unterbunden".

Der Oberbürgermeister der Millionenstadt Diyarbakır, Osman Baydemir, ist wegen einem Satz in kurdischer Sprache und Benutzung des Buchstaben „W“ in der Neujahrsbotschaft „Sersala we piroz be“ angeklagt.

(Özgür Gündem, 25. und 26.10.05; PM, GfbV, 27.10.05, nahost@gfbv.de, www.gfbv.deNahost, ANF, 26.01.06)

Göc-Der-Vorsitzende verurteilt

Eine vom Istanbuler Staatssicherheitsgericht ausgesprochene Geldstrafe von 2.180.700.000 Lira gegen die Vorsitzende des Flüchtlingsvereins Göc-Der, Sefika Gürbüzü, ist vom Kassationsgerichtshof bestätigt worden. Anlass war ein von Göc-Der im März 2002 veröffentlichter Bericht über die Situation kurdischer Flüchtlinge in der Türkei in den Jahren 1999-2001. Gürbüzü wurde wegen Volksaufstachelung zunächst zu zehn Monaten Haftstrafe verurteilt. Das Urteil war später in eine Geldstrafe umgewandelt worden.

Auszüge des Berichts hat der Dialog-Kreis in deutscher Sprache übersetzt und unter dem Titel „Zur Lage und zu den Erwartungen der kurdischen Vertriebenen“ im Dezember 2002 herausgegeben.

(Özgür Gündem, 4.11.05, ISKU)

298 Leopard-Panzer an Türkei

Nach jahrelangem Streit ist der Verkauf deutscher Leopard-Kampfpanzer an die Türkei perfekt. Beide Länder unterzeichneten am 8. November 2005 in Berlin einen Vertrag zur Lieferung von 298 gebrauchten Panzern. 1999 hatte eine Bitte der türkischen Regierung um einen Testpanzer noch eine Krise in der rot-grünen Koalition wegen der Menschenrechtslage ausgelöst. Berlin lehnte das Geschäft daraufhin ab. Im vergangenen Jahr befürwortete Verteidigungsminister Peter Struck das Geschäft dann, weil sich die Situation in der Türkei durch Ankaras Annäherung an die EU verändert habe.

(Der Standard, 8.11.05; taz, 9.11.05; N24, 10.11.05; FR, 12.11.05;

Semdinli oder ‚Kontrgerilla‘, ‚Gladio‘, ‚Tiefer Staat‘ am Werk

Innerhalb vier Wochen gingen in Hakkari, Semdinli und Yüksekova laut Hürriyet vom 15.11.05 insgesamt 17 Bomben hoch. Die Meldungen in der türkischen Presse und Erklärungen der Armee- und Regierungsführung zeigten auf die PKK als Täter. Bis am 9. November eine Bombe in Semdinli detonierte. Passanten hielten die drei Täter fest, und übergaben sie der Polizei. Zwei

von ihnen entpuppten sich als Unteroffiziere der Gendarmerie, der dritte war vor Jahren von der PKK zum türkischen Staat übergelaufen. In ihrem Auto fanden sich Pläne des Gebäudes, Namenslisten, Kalaschnikows und noch zwei Bomben gleichen Typs.

Anscheinend möchten einige Kräfte im Sicherheitsapparat eine Beruhigung der Lage im Kurdengebiet verhindern. Eine Art „Konterguerilla“, die im Auftrag der Sicherheitskräfte gegen tatsächliche oder angebliche PKK-Anhänger vorgeht, ist wieder am Werk. Nach dieser Anschlagserie rückten die illegalen Geheimorganisationen des türkischen Staates in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Viele der Meinungsmacher kritisierten die Machenschaften der illegalen Apparate im Staat und forderten ihre Auflösung. Es geht insbesondere um die ‚Organisation des Speziellen Kriegsführung‘ (Özel Harp Dairesi). Solange das Parlament und die Justiz keine Möglichkeiten haben, die dunklen Seiten der jüngeren Geschichte durchzulüften, werden die Todesschwadronen dieser Organisation am Werk sein. (Zahlreiche türkisch, kurdisch und deutschsprachige Zeitungen)

Öcalan: „Wir akzeptieren die Staatsbürgerschaft der Türkei“

„Wir wollen weder wie in Tschetschenien eine Unabhängigkeit, noch eine Föderation. Ich bin für eine demokratische Lösung im Rahmen der Struktur des unitären Staates... Mein Lösungsstil ist die Lösung des 21. Jahrhunderts. Ich vertrete die These der demokratischen Republik. Wir diskutieren hier nicht über die Verfassung der Republik Türkei, ihr Parlament und ihre Armee. Wir akzeptieren die Staatsbürgerschaft der Republik Türkei als übergeordnete Identität. Wir wollen, dass die Hindernisse für die kulturellen Subidentitäten aufgehoben werden. Der demokratische Konföderalismus ist keine Staatsstruktur. Er ist die Ausdrucksform von Elementen der Wirtschaft, der Kultur, und des Umweltschutzes, von sozialen und Berufsgruppen. Er bedeutet ihre Organisation in demokratischer Form.“

(Hürriyet, 6.12.05; Übersetzung ISKU, isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/, Tel/Fax: 040/42102845)

TÜSIAD fordert Senkung der 10%-Hürde

Nachdem Ömer Sabancı, Vorsitzender des Verbandes der Geschäftsleute und Industriellen der Türkei (TÜSIAD) mit Unterstützung von Staatspräsident Necdet Sezer und Parlamentspräsident Bülent Arinc eine Senkung der Zehnprozent-Hürde bei Wahlen vorgeschlagen hat, haben sich die Parteien AKP, CHP und DYP unverzüglich dagegen ausgesprochen. Ahmet Türk von der Doppelspitze der DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft) erklärte dazu, bei der

Zehnprozenthürde handele es sich um bewusste und separatistische Diskriminierung. Die hohe Wahlhürde ist auch im EU-Fortschrittsbericht kritisiert worden. Während TÜSIAD die Herabsetzung der Wahlhürde auf die Niveau im EU plädiert, nannte Staatspräsident Sezer 7-8%. (Istanbul Post, 19.12.05; Radikal, Özgür Gündem, 22.12.05)

Kriegsbilanz für 2005

Die „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) haben eine Bilanz für das Jahr 2005 veröffentlicht. Operationen der türkischen Armee: 324; Operationen der iranischen Armee: 12; Gemeinsame Operationen der türkischen und iranischen Armeen: 3; Tote der türkischen Armee: 1076; beschlagnahmte Kriegsmaterialien: 85; Vernichtete militärische Fahrzeuge: 77; Vernichtete Helikopter: 1; Gefangen genommene Soldaten: 1; Gefangen genommene Polizisten: 1; Todeszahl der Guerillakämpfer: 138. (ANF, 30.12.05)

Straßburg: Kriegsdienstverweigerer unverhältnismäßig verfolgt

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 24. Januar 2006 den Versuch, Osman Murat Ülke als Vorsitzenden des Vereins der Kriegsgegner in Izmir zwangsweise zu rekrutieren, als Misshandlung bewertet und in der Urteilsverkündung festgelegt, die Türkei müsse zu diesem Thema neue gesetzliche Regelungen finden. Aufeinanderfolgende Haftstrafen wegen der Verweigerung, Militärkleidung anzulegen, widerspreche Artikel 3 des Europäischen Menschenrechtsabkommens, der Folter und Misshandlung verbiete. Die Türkei wurde dazu verurteilt, 11.000 Euro Entschädigung an den Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu zahlen.

Osman Murat Ülke war von 1996 bis 1999 acht Mal wegen seiner Kriegsdienstverweigerung verurteilt worden und insgesamt 701 Tage inhaftiert. Im Anschluss wurde er zwar freigelassen. Da aber die Wehrpflicht in der Türkei erst nach Ableistung des Militärdienstes erlischt, kann er jederzeit erneut einberufen werden, womit der Kreislauf von Verweigerung und Strafverfolgung erneut beginnen würde.

Nach der Urteilsverkündung bedauerte die Connection e.V., dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nicht die Durchsetzung des Menschenrechtes auf Kriegsdienstverweigerung eingefordert hat. In zahlreichen Beschlüssen, z.B. der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wie auch des Europäischen Parlamentes und der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen wird dieses Menschenrecht eingefordert. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gilt immer noch nicht für die kurdischen und türkischen Jugendlichen in Deutschland. Trotz des Urteils der Straßburger Richter und der Gefahr nach einer Auslieferung festgenommen

zu werden, werden Asylanträge von kurdischen Jugendlichen in Deutschland abgelehnt.

Weitere Infos: <http://www.Connection-eV.de>. Radikal und Yeni Özgür Politika, 25.1.06; Radikal, 26.1.06)

Gebt uns einige PKK-Führungskader!

In einer Ansprache im Washington Institute in den USA hat der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei (MGK), Yigit Alpogan, darauf hingewiesen, dass die USA in der Türkei ein „Imageproblem“ hätten. Dieses könne durch die Auslieferung einiger PKK-Führungskader behoben werden. Die türkische Öffentlichkeit könne keine Bemühungen der USA gegen die PKK erkennen, deshalb sei die Ergreifung einiger PKKler aus der Leitungsebene in den Kandil-Bergen „sinnvoll“. Der „Türke auf der Straße“ sei unbefriedigt von der Hilfe der USA zum Thema Terror, so Alpogan. Die PKK verfügt in den Kandil-Bergen über 3-4000 Kader, die eliminiert werden müssten. (Yeni Safak, 26.1.06, ISKU)

Jahresbericht des Überwachungsbüros Medien

In dem 39-seitigen Jahresbericht werden Informationen zu 200 Verfahren und 319 Journalisten wiedergegeben. Demnach wurden 2005 insgesamt 29 Journalisten unter dem Artikel 301 neues TStG angeklagt und 8 von ihnen verurteilt. Ein neuer Vorwurf gegen Journalisten ist der Eingriff in laufende Verfahren. Darunter wurden 17 Journalisten angeklagt. Unter dem Artikel 216 neues (312 altes) TStG wurden 15 Journalisten wegen Aufstachelung zu Hass und Feindschaft angeklagt. Weitere Anklagen gegen Journalisten wurden nach dem Anti-Terror Gesetz (12), Beleidigung von Atatürk (4) und Nachrichten über die Mafia (5) eröffnet.

Im Jahre 2005 kamen 6 Journalisten in U-Haft. Von ihnen wurde Birol Duru nach 4,5 Monaten entlassen. Die anderen Journalisten wurden zusammen mit 3 Kollegen, die im Jahre 2004 verhaftet worden waren, ebenfalls aus der Haft entlassen. Neben dem Chefredakteur der Zeitschrift "İsci-Köylü", Memik Horuz, befindet sich noch der Chefredakteur der Lokalzeitung "Mavi" und "Kurt", Cengiz Dogan, in Nusaybin in Haft.

(Bia, Unabhängiges Kommunikationsnetzwerk, 3.2.06)

Öcalans Forderungen

Abdullah Öcalan rief während des Besuchs seines Verteidigerteams am 4. Februar 2006 dazu auf, durch eine Generalamnestie die Voraussetzungen für legale politische Betätigung zu schaffen und kulturelle Rechte verfassungsmäßig zu garantieren.

Öcalan sagte: "Wir wollen nicht viel, wir wollen nur zwei Dinge: Das eine ist die Gewährung der Möglichkeit, durch eine Generalamnestie im legalen Bereich Politik zu machen. Das zweite ist die verfassungsmäßige Garantie und Anerkennung kultureller Rechte. Wenn diese beiden Punkte garantiert werden, werde ich alles dafür tun, dass die Waffen endgültig niedergelegt werden. Wenn ich dann nicht der beste Freund des türkischen Volkes bin, wenn ich dann nicht alles für Geschwisterlichkeit tue, dann soll man mich hinrichten. (ISKU und ANF, 4.2.06, <http://www.gudemimiz.com/haber.asp?HaberId=791>; 7.2.06; Yeni Özgür Politika, 8.2.06)

Intellektuelle gegen extralegale Hinrichtungen

327 Intellektuelle haben das Justizministerium aufgefordert, seiner Verantwortung nachzukommen und die sogenannten ‚Morde unbekannter Täter‘ aufzuklären. In der Deklaration wird darauf aufmerksam gemacht, dass kein Auslieferungsverfahren gegen Abdulkadir Aygan, der in Schweden lebt und nach eigenen Aussagen in knapp vierzig ‚Morde unbekannter Täter‘ darunter der an dem kurdischen Intellektuellen Musa Anter -verwickelt ist, eingeleitet worden ist.

„Es sei äußerst bedauerlich, dass auf die Aussagen des mutmaßlichen JITEM-Mitarbeiters Abdulkadir Aygan lediglich mit Schweigen reagiert werde“, heißt es weiter. „Wir fordern, dass dieses Schweigen aufhört. Diese Person hat erzählt, wie fast vierzig Menschen ermordet wurden und wie der tödliche Anschlag auf Musa Anter geplant wurde. Er hat angekündigt, vor Gericht auszusagen, wenn seine Sicherheit gewährleistet wird“, so die Unterzeichner.

Zu den Unterzeichnenden des Aufrufes gehören Yaşar Kemal, Memed Uzun, Orhan Pamuk, Ercan Karakaş, Gençay Gürsoy, İsmail Beşikçi, Gülten Kaya, Ahmet Türk, Hamit Geylani, Hasip Kaplan, Ferhat Tunç, Şanar Yurdatapan und Şerafettin Elçi. (ANF, 8.2.06; Milliyet und Yeni Özgür Politika)

Kani Yılmaz ermordet

Der ehemalige PKK-Europasprecher Kani Yılmaz ist am 11. Februar 2006 gemeinsam mit einem Weggefährten, Sabri Tori, bei einem Bombenanschlag in der kurdischen Stadt Sulaimania in Irakisch-Kurdistan getötet worden. Der Attentäter, der sich ebenfalls im Auto befand, zündete die ferngesteuerte Bombe, nachdem er ausgestiegen war.

Die Patriotische Demokratische Partei (PWD) macht für das Attentat die PKK verantwortlich und nennt den Namen des Attentäters, der den Speziellen Einheiten der PKK angehört.

Kani Yılmaz und weitere führende PKK-Funktionäre, nachdem sie sich von der PKK getrennt haben,

gründeten vor zwei Jahren in Irakisch-Kurdistan die "Patriotische Demokratische Partei".

Yilmaz und Tori sind die vierten und fünften Opfer aus den Reihen der leitenden Funktionäre der PWD, die innerhalb von zwei Jahren ermordet wurden.

Kani Yilmaz teilte am 29. August 2004 mit, dass das Komitee zur Wiederaufbau der PKK am 25.8.2004 beschlossen hat, ihn und seine Genossen zu beseitigen. Er teilt weiterhin mit, dass auch Öcalan dies bejaht hat.

Noch einen Tag vor seine Tötung gab Kani Yilmaz im Internet bekannt, dass alle PKK Oppositionelle vorsichtig sein müssen, da die PKK Vorbereitungen getroffen habe, gegen sie vorzugehen.

Mit solchen „Bestrafungsaktionen“ macht sich die PKK gegenüber der Öffentlichkeit unglaubwürdig und zeigt, dass die alten Methoden noch angewendet werden, d.h. jeder, der sich von der PKK trennt, gilt als Verräter.

(Radikal, Yeni Özgür Politika, Zaman, Vatan, 12.2.06; FAZ, 13.2.06; Yeni Özgür Politika und ANF, 16.2.06)

Veranstaltungen

IPPNW-Delegationsreise in die Türkei vom 16. bis 24.3.2006

Die Koordinatorin Dr. med. Gisela Penteker schrieb: „Wir wollen mit den kurdischen Freunden Newroz feiern, wir wollen weiter an unserem Wissen über dieses faszinierende und doch immer fremde Land arbeiten, wir wollen Freunde treffen, uns über das Gesundheitssystem, über die Menschenrechtsslage, über die Entwicklung von Politik und Wirtschaft informieren. Wir wollen etwas darüber erfahren, ob und unter welchen Bedingungen die vielen Flüchtlinge wieder in ihre Dörfer zurückkehren. Das Programm bestimmen die, die mitfahren. Mein Vorschlag ist: Wir treffen uns am 16.3. in Diyarbakir, fahren über Batman, Hasankeyf, Midyat, Mardin, Nuseybin, Viransehir, Urfa und Gaziantep nach Adana. Newroz könnten wir in Nuseybin oder in Urfa sein. Natürlich können wir auch nach Tunceli, Van und Hakkari fahren. Ganz nach den Bedürfnissen der TeilnehmerInnen.

Kontakt: Türkeibeauftragte des IPPNW-Vorstands, Dr. med. Gisela Penteker, Fax 49-4751-909220, Penteker@t-online.de)

Kurdenkonferenz in Istanbul

Am 11. und 12. März, zehn Tage vor Newroz, findet eine Konferenz in Istanbul statt. Das Motto der Konferenz lautet: „Kurdenfrage der Türkei: Suche nach demokratischen und zivilen Lösungen“

Die Konferenz, die von den bekannten türkischen und kurdischen Intellektuellen, Kolumnisten, Menschenrechtlern und Politikern, darunter Cengiz Çandar, Murat Belge, Oral Çalışlar, Yılmaz Ensaroğlu,

Ali Bayramoğlu, Ümit Fırat, Haşim Haşimi, Şinasi Haznedar, Mustafa Karaalioğlu, Ercan Karakaş, Selahattin Kaya und Sezgin Tanrikulu, initiiert wurde, wird in den Räumlichkeiten der Bilgi Universität Istanbul durchgeführt.

Zu den behandelnden Themen gehören „Die Geschichte der Kurdenfrage und ihre Umwandlung“, „Organisationen und Erfahrungen“, „Soziale und psychologische Ergebnisse der Vertreibung“, „Irakisches Model und seine Folgen für die Region“, „Nationalismus und Soziales Leben“, „Minderheitenrecht und kulturelle und soziale Rechte“, „Justizwesen in der Türkei und die Kurdenfrage“, „Kurdenfrage und Politik des Staates“ und „Kurdenfrage und die Medien“.

Der Konferenz wohnen viele namhafte Kurden und Türken bei und referieren zu oben genannten Themen. Diese Konferenz ist die Erste, die auch von türkischen Intellektuellen und Journalisten getragen wird.

Studienreise nach Istanbul

Quo vadis, Türkei? Der EU-Beitritt aus Sicht von Menschenrechtsorganisationen und Minderheiten

Die Studienreise bietet die Möglichkeit, in Istanbul VertreterInnen der verschiedensten Menschenrechtsorganisationen und von Minderheiten zu treffen, um mit ihnen über aktuelle Entwicklungen und ihre Einschätzungen hinsichtlich des angestrebten EU-Beitritts zu diskutieren.

Termin: 6. 13. Mai 2006. Kosten: 810 €. Kursnummer: 064001. Anmeldung: international@umbruch-bildungswerk.de, Fax: 0231-81 80 31

Dokumente

EU-Fortschrittsbericht 2005 zur Türkei:

Auszüge aus dem Bericht sind im Anhang zu dieser e-mail abgedruckt. Der gesamte Text findet sich im Internet unter http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2005/

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; <http://www.nadir.org>

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de

Nützliche Nachrichten 1/2006

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 20.02.2006

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Anhang: Dokumente

Auszüge aus dem EU-Fortschrittsbericht 2005 zur Türkei

- „Im August 2005 erhob ein Staatsanwalt in Istanbul aufgrund von Artikel 301 Anklage gegen den Schriftsteller Orhan Pamuk, weil dieser sich gegenüber einer schweizerischen Zeitung zur Ermordung von Armeniern und Kurden in der Türkei geäußert hatte. (...) Im Oktober 2005 wurde Hrant Dink, der Herausgeber der zweisprachigen armenisch-türkischen Wochenzeitung Agos, wegen eines Artikels über die armenische Diaspora unter Berufung auf Artikel 301 zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Dink, dem wegen einer Rede, die er 2002 auf einer Konferenz gehalten hatte, ein weiterer Prozess droht, will gegen das Urteil Berufung einlegen. Im September 2005 wurde Emin Karaca wegen eines Artikels, in dem er das Vorgehen des türkischen Militärs kritisiert hat, aufgrund von Artikel 301 verurteilt. (...) Gegen den bekannten Schriftsteller und Verleger Ragıp Zarakolu laufen nach wie vor eine Reihe von Verfahren im Zusammenhang mit seinen Veröffentlichungen über die Kurden- und die Armenierfrage.
- Nach Auskunft des internationalen Schriftstellerverbandes PEN sind in der Türkei derzeit Verfahren gegen schätzungsweise 60 Autoren, Herausgeber und Journalisten anhängig. Die Bestrebungen zur Gründung einer Journalistengewerkschaft werden nach wie vor behindert.
- In Bezug auf den Rundfunk wurden im vergangenen Jahr nur begrenzte Fortschritte erzielt. Nach wie vor gelten strenge zeitliche Begrenzungen für Rundfunksendungen in anderen Sprachen oder Dialekten als Türkisch, obwohl die Programme vom nationalen Rundfunk (TRT) ausgestrahlt werden. Lokale Rundfunkanstalten haben beim Hohen Rundfunk- und Fernsehrat (RTÜK) elf Anträge für Sendungen in anderen Sprachen oder Dialekten eingereicht; dieser hat mit der Begründung, ihm seien die für die Bearbeitung der Anträge erforderlichen Unterlagen noch nicht übermittelt worden, bislang keinen einzigen Antrag bewilligt. (...) Das Rundfunk- und Fernsehgesetz (RTÜK-Gesetz) wird vom RTÜK immer noch häufig herangezogen, um schwere Strafen verhängen zu können, wie Bußgelder, die Aussetzung oder Einstellung von Programmen und der zeitweilige oder endgültige Entzug der Rundfunklizenz.
- In der Praxis bedeutet es nämlich, dass sich Vereinigungen, die sich die Förderung einer bestimmten kulturellen Identität oder einer bestimmten Religion zum Ziel gesetzt haben, ungeachtet des Artikels 11 der EMRK (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) nach wie vor nicht eintragen lassen können. So wurde Berichten zufolge solchen Vereinigungen bereits die offizielle Eintragung verweigert.
- Bürgerrechtler werden in der Praxis nach wie vor von den Justizbehörden in erheblichem Maße schikaniert, wie die Anzahl der laufenden Ermittlungen und Verfahren zeigt. So wurden seit August 2005 gegen die türkische Menschenrechtsvereinigung (IHD) 50 Prozesse angestrengt und drei Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der VN-Sonderbeauftragte für Menschenrechtsverteidiger legte im Januar 2005 einen Bericht über seinen Türkei-besuch im Oktober 2004 vor, in dem er seine tiefe Besorgnis über die große Anzahl von Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger und Menschenrechtsorganisationen zum Ausdruck brachte. (...)
- Im Mai 2005 ordnete der Kassationshof die Auflösung der Lehrgewerkschaft Egitim Sen mit der Begründung an, dass das in ihrer Satzung enthaltene Bekenntnis zum Recht auf Unterricht in der

Muttersprache gegen die türkische Verfassung verstoße. Der Prozess gegen die Gewerkschaft war im Juni 2003 vom Arbeits- und Sozialministerium auf Betreiben des Generalstabs hin angestrengt worden. (...)

- Was die politischen Parteien anbelangt, (...) bestehen zur Zeit noch Auflösungsanträge gegen die Türkische Kommunistische Partei (TKP), die Partei für Rechte und Freiheiten (HAK-PAR) und die Demokratische Volkspartei (DEHAP). Das Parteiengesetz muss so geändert werden, dass sich politische Parteien entsprechend den Normen der EMRK und der Rechtsprechung des EGMR betätigen können. Politische Parteien dürfen immer noch keine andere Sprache als Türkisch verwenden.
- Grundsätzlich lässt sich religiöser Pluralismus nur gewährleisten, wenn die Bedingungen für die Tätigkeit aller religiösen Gemeinschaften in einem klaren und umfassenden Rechtsrahmen festgelegt werden. (...)

Was die Eigentumsrechte betrifft, so wurden von den 2.285 gemäß der Verordnung vom Januar 2003 gestellten Anträgen auf Eintragung von Eigentum 341 angenommen. (...) Da die Religionsgemeinschaften keine Rechtspersönlichkeit besitzen, läuft ihr jetziges Eigentum ständig Gefahr, beschlagnahmt zu werden. (...)

Wegen des weiterhin geltenden Verbots, Geistliche auszubilden, dürfte es nichtmuslimischen religiösen Minderheiten schwer fallen, ihre Gemeinschaften über die jetzige Generation hinaus aufrecht zu erhalten. (...) Die öffentliche Verwendung des kirchlichen Titels „Ökumenischer Patriarch“ ist nach wie vor verboten und es gelten immer noch strenge Auflagen für die Wahl der Führer einiger Minderheitenkirchen. Nichttürkische christliche Geistliche haben weiterhin Schwierigkeiten, Visa sowie Aufenthalts- oder Arbeitsgenehmigungen zu erhalten bzw. verlängert zu bekommen. (...)

Was die Lage nichtsunнитischer Muslimgemeinschaften betrifft, so hat sich deren Status nicht geändert. So sind insbesondere die Aleviten immer noch nicht als religiöse Gemeinschaft offiziell anerkannt und auch nicht im Diyanet vertreten. Sie stoßen immer noch auf Schwierigkeiten, wenn sie Gebetsstätten einrichten wollen – ihre Gebetshäuser (Cemhäuser) haben keinen Rechtsstatus – und sie erhalten keine finanzielle Unterstützung vom Staat. (...)

- An der türkischen Haltung zu den Minderheitenrechten hat sich seit dem letzten Bericht nichts geändert. Nach Angaben der türkischen Behörden gibt es in der Türkei gemäß dem Abkommen von Lausanne von 1923 ausschließlich nichtmuslimische Minderheiten. So betrachten die Behörden in der Regel Juden, Armenier und Griechen als Minderheiten im Sinne des Abkommens von Lausanne. Es gibt jedoch andere Gemeinschaften in der Türkei, die nach den einschlägigen internationalen und europäischen Normen als Minderheiten gelten müssten. (...)

Anlass zur Sorge gibt in diesem Zusammenhang auch der Vorbehalt, den die Türkei wegen der Minderheitenrechte gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) eingelegt hat – und gegen den sich einige EU-Mitgliedstaaten verwahrt haben, weil er aus ihrer Sicht dem Sinn und Zweck des Pakts zuwiderläuft – sowie der Vorbehalt, den sie gegen den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) bezüglich des Rechts auf Bildung angemeldet hat. Diese könnten benutzt werden, um weitere Fortschritte beim Schutz der Minderheitenrechte zu verhindern. (...)

Die Türkei hat das Rahmenübereinkommen des Europarates über den Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen nicht unterzeichnet. Sie hat auch das Protokoll Nr. 12 zur EMRK über das allgemeine Verbot der Diskriminierung durch öffentliche Behörden noch nicht ratifiziert. Die ist besonderes deswegen von Bedeutung, weil Minderheiten de facto oft diskriminiert werden und ihnen der Zugang zu Stellen in der Verwaltung oder im Militär erschwert wird. (...)

In den Geschichtsbüchern für das Schuljahr 2005/06 (werden) Minderheiten immer noch als unzuverlässige Verräter und Staatsfeinde dargestellt. (...)

- In Bezug auf den Kurdischunterricht war im August 2005 ein herber Rückschlag zu verzeichnen, als die Träger der bestehenden Lehrinrichtungen beschlossen, die verbleibenden fünf Schulen zu schließen. (...) Für die Entscheidung, diese Schulen zu schließen, waren mehrere Faktoren ausschlaggebend, u.a. unzureichende Finanzmittel und die bestehenden Auflagen, insbesondere in Bezug auf den Lehrplan, die Einstellung von Lehrern, den Stundenplan und die Schüler.

Die ECRI (die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz) fordert in ihrem Bericht von der Türkei die Änderung von Artikel 42 der Verfassung, nach dem in staatlichen Schulen ausschließlich Türkisch als Muttersprache unterrichtet werden darf. (...)

Die Justiz nimmt ihre Aufgabe, das Recht auf Gebrauch der kurdischen Sprache zu schützen, in recht unterschiedlichem Maße wahr. Im Mai 2005 hob der Kassationshof ein Urteil auf, mit dem das Abspielen kurdischer Musik während eine Wahlkampagne verboten worden war. Andererseits ordnete ein Strafgericht in Diyarbakir im Januar und Februar 2005 unter Berufung auf Artikel 312 des alten Strafgesetzbuchs die Beschlagnahme von Musikalben mit der Begründung an, dass die kurdischen Lieder Propaganda für eine illegale Organisation darstellten. Überdies wird nach wie vor über Probleme bei der Registrierung bestimmter kurdischer Namen berichtet, die überall im Land unterschiedlich gehandhabt wird. Für politische Parteien herrschen nach wie vor Auflagen hinsichtlich des Gebrauchs anderer Sprachen als Türkisch. Im Oktober 2005 verurteilte ein Gericht den stellvertretenden Vorsitzenden der DEHAP, Resit Yardimci, zu sechs Monaten Gefängnis, weil er die Teilnehmer einer DEHAP-Konferenz im Jahr 2003 auf Kurdisch begrüßt hatte. Im Mai 2005 begann der Prozess gegen den Vorsitzenden der Partei für Rechte und Freiheiten (HAKPAR), Abdulmelik Firat. Er wird beschuldigt, auf einem Parteitreffen im Januar 2004 Erklärungen auf Kurdisch verlesen zu haben. Gegenwärtig laufen noch einige ähnlich gelagerte Verfahren, die auf Grundlage des Parteiengesetzes angestrengt wurden.

- Was die Lage in der Ost- und Südosttürkei betrifft, wo die meisten Einwohner kurdischer Abstammung sind, so gab es nur sehr zögerliche und sporadische Fortschritte. In einigen Fällen hat sich die Lage sogar verschlechtert. (...)

Die Sicherheitslage hat sich seit dem Wiederaufflammen der Gewalt seitens der PKK (...) wieder verschlechtert, nachdem sie sich zunächst seit 1999 kontinuierlich verbessert hatte. Das Ausmaß der Gewalt hat zugenommen, und es kommt häufig zu Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen, mit Verletzten und Toten auf beiden Seiten.

Obwohl die Notstandsverordnung inzwischen aufgehoben ist, wurden manche Sicherheitsmaßnahmen, wie Straßenblockaden und Kontrollposten in einigen Provinzen der Südosttürkei wieder eingeführt. Dies beeinträchtigt die Lebensbedingungen der Bevölkerung. Angesichts dieser schwierigen Verhältnisse ist zu befürchten, dass die Sicherheitskräfte zuweilen unangemessen reagieren.

Die Türkei hat inzwischen begonnen, das Gesetz über die Entschädigung für Verluste aus Terroranschlägen von 2004 umzusetzen, wenn auch mit beträchtlicher Verspätung und nicht konsequent genug. Die Regelung lief am 27. Juli 2005 aus, obwohl die Regierung eine Verlängerung plant. Bis August 2005 wurden nach Angaben der türkischen Behörden 173.208 Anträge eingereicht. Bislang wurde in 2.200 Fällen ein Entschädigungsanspruch anerkannt. (...)

- Die Lage der Binnenvertriebenen ist nach wie vor kritisch, und viele leben in prekären Verhältnissen. (...)
- Berichten zufolge wurden in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 20 Menschen durch Minen getötet und weitere 20 verletzt.
- Keine Fortschritte gab es im Hinblick auf das Problem der Dorfschützer. Angeblich kam es in einigen Fällen zu Übergriffen der Dorfschützer gegen rückkehrende Binnenvertriebene. Nach amtlichen Angaben sind derzeit noch 57.601 Dorfschützer im Dienst (gegenüber 58.551 im vergangenen Jahr). (...) Berichten zufolge wird zuweilen die Rückkehr in die Dörfer nur dann gestattet, wenn die Rückkehrer sich bereit erklären, als Dorfschützer zu dienen.“

(Der gesamte Bericht ist im Internet unter http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2005/ einzusehen.)